

NR. 6 | 22.03.2013 | AUSGABE A

Markttransparenzstelle für Kraftstoffe

Benzinpreise mobil vergleichen

Der Bundestag hat am Donnerstag die Verordnung zur Markttransparenzstelle für Kraftstoffe beschlossen. Dadurch erhalten Verbraucherinnen und Verbraucher die Gelegenheit, sich im Internet, über ihr Navigationsgerät oder über eine Smartphone-App aktuell über die Kraftstoffpreise in ihrer näheren Umgebung zu informieren. Durch diese Vergleichsmöglichkeit stärkt die Koalition den Wettbewerb und erleichtert es den Kunden, den günstigsten Preis zu finden.



Foto: picture alliance / dpa

Es ist ein seit vielen Jahren immer wiederkehrendes Ärgernis: Kurz vor Beginn der Urlaubszeit steigen die Kraftstoffpreise. Autofahrerinnen und Autofahrer fühlen sich abgezockt. Und das zu Recht, denn eine Rechtfertigung für einen Preisanstieg gibt es in der Regel nicht. Die Kraftstoffpreise steigen selbst dann, wenn auf dem Weltmarkt der Ölpreis sinkt. Diesem Treiben möchte die christlich-liberale Koalition ein Ende setzen. Im Dezember 2012 trat deshalb das Markttransparenzstellegesetz in Kraft. Dessen Ziel ist es, die Preisbildung bei Kraftstoffen im Hinblick auf ihre Wettbewerbskonformität genauer zu beobachten und hierfür eine Markttransparenzstelle für Kraftstoffe beim Bundeskartellamt einzurichten. Konkret bedeutet das: Die Tankstellen werden verpflichtet, ihre Kraftstoffpreise differenziert nach Sorten und in Echtzeit an die Markttransparenzstelle zu melden. Die Markttransparenzstelle bereitet die gesammelten Daten auf und stellt sie privaten Anbietern von Verbraucher-

informationsdiensten über eine elektronische Datenschnittstelle zur Verfügung. Verbraucherinnen und Verbraucher erhalten so die Gelegenheit, sich im Internet, über ihr Navigationsgerät oder über eine Smartphone-App aktuell über die Kraftstoffpreise in ihrer näheren Umgebung zu informieren. Dadurch stärkt die Koalition auch die Position der mittelständischen freien Tankstellen.

Denn sie sind es, die den Wettbewerb im Kraftstoffmarkt in Gang halten. Die mittelständischen freien Tankstellen bilden ein schlagkräftiges Gegengewicht zum bestehenden Oligopol der großen Mineralölgesellschaften. Sehr kleinen Tankstellen wird freigestellt, ob sie am System teilnehmen möchten. Die CSU-Landesgruppe hofft, dass das neue Angebot von den Bürgerinnen und Bürgern gut angenommen und rege genutzt wird. Denn nur so lässt sich ausreichend Druck auf die Kraftstoffpreise aufbauen. Die Markttransparenzstelle wird noch im Sommer ihre Arbeit aufnehmen.

Volle Kosten- transparenz



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

die Situation in Zypern hat uns in dieser Woche Ruhe und Entschlossenheit abverlangt. Die Krise dort wurde von Banken ausgelöst, deshalb sollte es mit dem durch das Parlament in Zypern leider abgelehnten Vorschlag auch eine faire Lastenteilung von Eigentümern, Gläubigern und Einlegern der Banken an den Kosten geben. Wer mit den oft hoch verzinsten zyprischen Geldanlagen Geld verdient, sollte auch einen Teil des Risikos tragen.

Etwa die Hälfte der Einlagen in Zypern wird von nicht dort ansässigen Personen gehalten, es handelt sich also im Wesentlichen nicht um Kleinsparer, sondern um wohlhabende Einleger aus dem Ausland. Beim zyprischen Geschäftsmodell geht es auch nicht um die Kleinsparer; Zypern wollte und will keine Einlagenabgabe, um die Großanleger auch künftig im selben Umfang wie bislang zu behalten.

Zypern hat nun - ohne die europäischen Partner oder die Troika einzubeziehen - einen neuen Vorschlag entwickelt. Dieser wirft viele Fragen auf und enthält Elemente, die für die Landesgruppe nicht verantwortbar sind. Wie man statt der einmaligen Abgabe auf hohe Einlagen die Verpfändung der Renten und Pensionen für eine gute Idee halten kann, erschließt sich kaum.

Das Prinzip unserer Unterstützungspolitik in der EU-Staatschuldenkrise liegt in der Bekämpfung der länderspezifischen Ursachen für die jeweilige Krise. Zypern lebt mit einem Bankensektor, der völlig überzogen ist und hat sich damit selbst in die jetzige Lage manövriert. Der aufgeblähte Bankensektor muss dort auf Normalmaß schrumpfen. Unser Vorschlag für ein Finanzhilfeprogramm dient nicht dazu, dass Zypern einfach weitermachen kann wie bisher.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Reinhard Brandl MdB

Interessen von Müttern und Kindern gleichermaßen wahren

Koalition bringt gesetzliche Regelung für vertrauliche Geburt auf den Weg

In Deutschland werden jährlich etwa 20 bis 35 Kinder direkt nach der Geburt ausgesetzt oder getötet. Hinzu kommt eine erhebliche Dunkelziffer. Um Kindstötungen und Aussetzungen in Zukunft zu verhindern, hat die christlich-liberale Koalition einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, mit dem Schwangere und Mütter in schwierigen Lebenssituationen noch besser unterstützt werden sollen.

Schwangere, die Angst davor haben, im Rahmen der Entbindung ihren Namen preiszugeben, benötigen bessere Hilfen, damit sie ihre Kinder medizinisch versorgt in einer Klinik zur Welt bringen und sich überall in Deutschland für ein Leben mit dem Kind entscheiden können. Mit ihrem Gesetzentwurf wollen die Koalitionsfraktionen Schwangeren in Notsituationen ermöglichen, ihr Kind unter ärztlicher Betreuung zur Welt zu bringen und ihre Daten dennoch geheim zu halten. Vorgesehen ist, dass die Daten der Mütter zwar erfasst werden, bis zum 16. Geburtstag des Kindes aber unter Verschluss bleiben. Danach haben die Kinder einen Anspruch darauf zu erfahren, wer ihre



Foto: picture alliance / dpa Themenbild

Mutter ist. Durch diese ausgewogene Regelung wird sichergestellt, dass die Interessen aller Beteiligten gewahrt bleiben. Das Schutzbedürfnis der Frau bei der Geburt und das psychologische Bedürfnis des Kindes nach Kenntnis der eigenen Abstammung werden so gewahrt. Gleichzeitig wird betroffenen Frauen eine rechts sichere Entscheidungsgrundlage gegeben, auf die sie sich in dieser schwierigen Situation verlassen

können. Dadurch trägt die Koalition den Interessen aller Beteiligten gleichermaßen Rechnung - den Interessen der Kinder, der leiblichen Eltern sowie (im Falle einer Adoption) auch den Interessen der Adoptiveltern.

Diese Woche

- Markttransparenzstelle für Kraftstoffe
Benzinpreise mobil vergleichen 1
- Interessen von Müttern und Kindern gleichermaßen wahren
- Koalition bringt gesetzliche Regelung für vertrauliche Geburt auf den Weg** 2
- Entgeltgleichheit für Frauen und Männer schaffen
Lohngefälle ist nicht akzeptabel 2
- Amtseinführung von Papst Franziskus in Rom
Delegation der CSU-Landesgruppe hat Papst Franziskus Segenswünsche übermittelt 3
- Hightech-Strategie des Bundes - Lösungen Made in Germany
- Hightech zur Sicherung unseres Wohlstands** 3
- Debatte zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur
- Koalition arbeitet SED-Diktatur weiter konsequent auf** 4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete
Foto Editorial: Henning Schacht

Redaktion: Martina Klement
11011 Berlin · Platz der Republik 1
Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cduscu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Entgeltgleichheit für Frauen und Männer schaffen

Lohngefälle ist nicht akzeptabel

Der Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern liegt in Deutschland seit Jahren bei rund 22 Prozent. Ziel der Koalition ist es, diese Benachteiligung von Frauen zügig zu beseitigen. Dafür haben die Koalitionsfraktionen einen Antrag in den Bundestag eingebracht, mit dem Entgeltgleichheit für Frauen und Männer verwirklicht werden soll.



Foto: picture alliance / Bildagentur-online

Der Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen: das unterschiedliche Berufswahlverhalten, die Bewertung typischer Frauenberufe in den Tarifverträgen und die häufigeren und längeren familienbedingten Erwerbsunterbrechungen von Frauen. Dabei nimmt das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern mit steigendem Alter der Beschäftigten zu. Für 24-Jährige und Jüngere beträgt es nur 2 Prozent, bei den 35- bis 44-Jährigen bereits 24 Prozent. Mit 28 Prozent ist der Verdienstunterschied in der Altersgruppe zwischen 55 und 64 Jahren am größten. Gleichzeitig steigt der Entgeltunter-

schied mit dem Bildungsniveau. Bei höheren Abschlüssen liegt der Verdienst von Frauen um 27 Prozent unter dem von Männern - bei Führungskräften

wurde sogar ein Unterschied von 30 Prozent ermittelt. Diese Lohnunterschiede sind für die Regierungsfaktionen absolut nicht vertretbar. Deshalb fordert die Koalition die Bundesregierung in ihrem Antrag auf, die Benachteiligung von Frauen in Wirtschaft und Arbeitswelt zu beseitigen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, die Infrastruktur für die Betreuung von Kindern weiter auszubauen und einen flexibleren Wechsel zwischen Teilzeit- und Vollzeitarbeitsmodellen zu ermöglichen.

Amtseinführung von Papst Franziskus in Rom

Delegation der CSU-Landesgruppe hat Papst Franziskus Segenswünsche übermittelt

Am Dienstag wurde Papst Franziskus mit einer Messe in Rom feierlich in sein Amt eingeführt. An der Einführungsmesse haben im Rahmen einer Delegation der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch Vertreter der CSU-Landesgruppe an den Feierlichkeiten teilgenommen und Papst Franziskus die Segenswünsche der Landesgruppe übermittelt.

An den Feierlichkeiten zur Einführung von Papst Franziskus in Rom haben im Rahmen einer Delegation der Gesamtfaktion von der CSU-Landesgruppe der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Singhammer, sowie Norbert Geis teilgenommen. Als Vertreter der Bundesregierung ist außerdem auch Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich nach Rom gereist. Zu der feierlichen Amtseinführung erklärt Johannes Singhammer: "Wir freuen uns sehr, dass wir die feierliche Messe zur Amtseinführung mit Papst Franziskus in Rom feiern und ihm damit die Segenswünsche der CSU-Landesgruppe und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion übermitteln konnten. Papst Franziskus hat die Herzen der Gläubigen gewissermaßen im Sturm erobert. Durch



Foto: picture alliance / dpa

seine offene, den Menschen zugewandte Art hat er in den ersten Tagen nach seiner Wahl wichtige Zeichen gesetzt. Durch unsere Teilnahme an der Messe zur feierlichen Einführung möchten wir Papst Franziskus unsere Verbundenheit bekunden. Wir möchten damit auch sichtbar machen, dass die enge Verbundenheit der

Landesgruppe und der Gesamtfaktion zur katholischen Kirche auch über das Pontifikat des „deutschen Papstes“ hinaus ungebrochen bestehen bleibt.“ Der aus Argentinien stammende Kardinal Jorge Mario Bergoglio wurde vom Kardinalskollegium bereits im fünften Wahlgang zum Nachfolger von Papst Benedikt XVI. gewählt. Für seine Amtszeit wünscht die CSU-Landesgruppe Papst Franziskus viel Erfolg und Gottes Segen.

Hightech-Strategie des Bundes - Lösungen Made in Germany

Hightech zur Sicherung unseres Wohlstands

Deutschland ist dank der konsequenten Forschungspolitik der christlich-liberalen Koalition ein Forschungsstandort erster Güte. Auf dieser hervorragenden forschungspolitischen Grundlage baut das innovationspolitische Handeln der Bundesregierung auf. Mit der sogenannten „Hightech-Strategie“ bündelt die unionsgeführte Bundesregierung sämtlich Forschungs- und Innovationsaktivitäten. Mit dieser Strategie und deren Umsetzung hat sich der Bundestag am Donnerstag ausführlich befasst.

In Deutschland wurden im Jahr 2011 insgesamt 74,8 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung aufgewandt - das ist der höchste Wert seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Diese Gesamtausgaben von Bund, Ländern und Wirtschaft lagen damit um rund 34 Prozent über den Ausgaben im Vergleichsjahr 2005. Nach den USA ist Deutschland das zweitwichtigste Zielland für Investitionen internationaler Forschungs- und Entwicklungunternehmen. Das führt dazu, dass erstmals mehr als 500.000 Menschen in Deutschland für Forschung und Entwicklung arbeiten – ein Plus von 72.000 Personen seit 2005. Die christlich-liberale Koalition ist überzeugt: Angesichts der Transformationen des 21. Jahrhunderts können Forschung und Innovation nur in der Zusam-

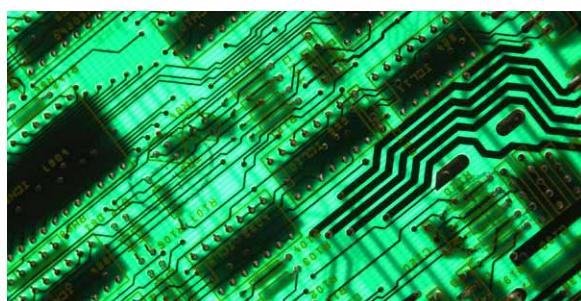


Foto: picture alliance / JOKER

menarbeit aller Beteiligten glücken. Zur konkreten Umsetzung der Strategie greift die Bundesregierung zehn Zukunftsprojekte auf, um den globalen Herausforderungen zu begegnen. Für diese Projekte, die sich an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten, werden bis 2015 insgesamt 8,4 Milliarden Euro zu Verfügung gestellt.

Die Koalition konzentriert sich dabei auf Innovationsfelder, die für unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft und für die Lebenswelt jedes und jeder Einzelnen von entscheidender Bedeutung sind. Für Deutschland als Hightechland ist es von besonderer Bedeutung, auch in Zukunft Spitzentechnologie auf dem Weltmarkt anbieten zu können. Nur so kann der Wohlstand der Menschen gehalten und weiter ausgebaut werden.

Debatte zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur

Koalition arbeitet SED-Diktatur weiter konsequent auf

Auch mehr als 20 Jahre nach der deutschen Einheit ist die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in der DDR eine für Staat und Gesellschaft wichtige Aufgabe. Das Unrecht der SED-Diktatur muss zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung weiter aufgearbeitet werden, um den Opfern und der deutschen Geschichte gerecht zu werden. Aus diesem Grund hat die Bundesregierung einen Bericht zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur vorgelegt, mit dem sich der Deutsche Bundestag am Freitag befasst hat.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), die aus der Vereinigung von KPD und SPD in der russisch besetzten Zone Deutschlands im April 1946 hervorging, ist verantwortlich für die über 40-jährige totalitäre Diktatur in der DDR. In der friedlichen Revolution des Jahres 1989 konnte die Bevölkerung dieses Staates die brutale Herrschaft der SED überwinden und die deutsche Wiedervereinigung durchsetzen. Damit die tausendfache Bespitzelung, das undemokratische Regieren und das mörderische Grenzregime nicht in Vergessenheit geraten, hat die christlich-liberale Koalition in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, die Fortschritte in der Aufarbeitung der Geschichte der kommunistischen



Gedenk- und Bildungsstätte im ehemaligen Stasi-Gefängnis Andreasstraße in Erfurt

Diktatur der DDR in einem Bericht darzustellen. Diesen Bericht hat die Bundesregierung nun vorgelegt. Dieser fasst als Bestandsaufnahme alle bisherigen Maßnahmen zur Aufarbeitung der DDR-Diktatur zusammen - darunter die Rehabilitierung der Opfer, die rechtliche Verfolgung der Täter, die wissenschaftliche Forschung oder die Bildungsarbeit und die Nutzung der Unterlagen der

Staatssicherheit der DDR: Der Bund trägt mit mehr als 100 Millionen Euro pro Jahr zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bei. Wie keine andere Fraktion steht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dafür, bei der Aufarbeitung nicht nachzulassen und das Unrecht der SED-Diktatur kompromisslos aufzuarbeiten.

Verleihung Bundesverdienstkreuz



Foto: Deutscher Bundestag / Lichtblick / Achim Melde

Bundesverdienstkreuz für Franz Obermeier

Franz Obermeier ist in dieser Woche mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert überreichte die von Bundespräsident Joachim Gauck verliehene Auszeichnung. Franz Obermeier wird für seine langjährige parlamentarische Tätigkeit im Deutschen Bundestag und sein großes gesellschaftliches und ehrenamtliches Engagement geehrt. Er ist seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages und vertritt den Wahlkreis Freising als direkt gewählter Abgeordneter. In den Mittelpunkt seiner parlamentarischen Arbeit hat der Maschinenbauingenieur die Wirtschaftspolitik gestellt. Als Wirtschaftspolitiker engagiert sich Franz Obermeier in besonderer Weise in der Energiepolitik. Vor der Wahl in den Deutschen Bundestag war Franz Obermeier lange Jahre Bürgermeister und Kreistagsabgeordneter in seiner oberbayerischen Heimat.

Keine Änderung des Waffengesetzes



Foto: picture alliance / dpa

Verantwortung statt Bevormundung bei privaten Waffen

Mit den Stimmen der christlich-liberalen Koalition hat der Deutsche Bundestag am Freitag eine von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen initiierte Änderung des Waffenrechts abgelehnt. Ziel des Gesetzentwurfs und des Antrags war es, den Umgang mit halbautomatischen kriegsähnlichen Schusswaffen zu verbieten. Darüber hinaus sollte auch die gleichzeitige Aufbewahrung von funktionsfähigen Schusswaffen und Munition in Privatwohnungen grundsätzlich untersagt werden. Diese Vorschläge tragen nach Überzeugung der Regierungsfraktionen jedoch nicht zur Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland bei, sondern stellen eine reine Bevormundung von privaten Waffenbesitzern dar. Diese Bevormundung lehnt die Koalition ab - denn sie steht weiterhin für einen verlässlichen Rechtsrahmen im Waffenrecht, der einen verantwortungsvollen freiheitlichen Umgang der Bürger mit Waffen zulässt.